



Hauptausschuss

6. Sitzung (öffentlich)

8. Dezember 2005

Düsseldorf - Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 13:50 Uhr

Vorsitz: Werner Jostmeier (CDU)

Protokollerstellung: Uwe Scheidel, Eva-Maria Bartylla, Heike Niemeyer

Begrüßung	1
------------------	---

Zur Tagesordnung	1
-------------------------	---

A Anhörung

1 Volksinitiative mit der Kurzbezeichnung „Sonntagsöffnung der Videotheken“	1
--	---

Antrag
auf Behandlung
einer Volksinitiative gemäß
Artikel 67 a der Landesverfassung
Nordrhein-Westfalen

Beratungsunterlage Drucksache 14/612

Der Ausschuss hört hierzu die in der folgenden Tabelle aufgeführten Sachverständigen an.

Institution	Redner/-in	Stellungnahme	Seiten
Volksinitiative	Hans-Peter Lackhoff Jörg Weinrich Rainer Heumann	14/22	2, 13, 20, 29, 31 14, 28 14, 27, 28
Evangelisches Büro, Düsseldorf	Kirchenrat Rolf Krebs	-	4, 15
Katholisches Büro, Düsseldorf	Prälat Dr. Karl-Heinz Vogt	14/17 (Anlage: gemeinsame Erklärung vom Beauftragten der Ev. Kirchen, dem Kommissariat der Bischöfe und dem DGB)	5, 16, 27
	RA Dr. Marc Liesching	14/20	7, 17, 25
Vereinigung der IHK, Düsseldorf	Hans-Georg Crone-Erdmann	-	8, 17
Verdi	Folkert Küpers-Koll	14/21 (gemeinsame Stellungnahme mit DGB Düsseldorf)	10, 18, 25

weitere Stellungnahmen	
AG der Kommunalen Spitzenverbände, Köln	14/25 (gemeinsame Stellungnahme und Ergänzung nur für Städtetag)
Deutscher Städtetag, Köln	
Städte- und Gemeindebund NRW, Düsseldorf	
Landkreistag NRW, Düsseldorf	
Beauftragter der Evangelischen Kirchen NRW, Düsseldorf	14/32

B	weitere Tagesordnung	33
----------	-----------------------------	-----------

2	Erstes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes	33
----------	--	-----------

Gesetzentwurf
 der Fraktion der CDU,
 der Fraktion der SPD,
 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
 der Fraktion der FDP
 Drucksache 14/642

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf mit den Stimmen aller Fraktionen zu.

3	Erstes Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen	33
----------	--	-----------

Gesetzentwurf
 der Fraktion der CDU und
 der Fraktion der FDP
 Drucksache 14/569

Der Ausschuss verständigt sich darauf, den Obleuten die Suche nach einem Termin für die Anhörung sowie die Benennung der Sachverständigen und die Aufstellung eines Fragenkatalogs zu überlassen.

4	Strukturförderpolitik für NRW 2007 - 2013 – Den Strukturwandel weiter erfolgreich gestalten	35
----------	--	-----------

Antrag
 der Fraktion der SPD
 Drucksache 14/467

Der Ausschuss verständigt sich darauf, den Obleuten die Suche nach einem Termin für eine Anhörung, die Benennung der Sachverständigen und die Aufstellung eines Fragenkataloges zu überlassen.

5	Aktuelle Viertelstunde (s. Anlage) (beantragt von der Fraktion der SPD mit Schreiben vom 5. Dezember 2005)	35
	<u>hier:</u> Warum wird der Landesbeauftragte NRW-Benelux abgeschafft?	
	- Bericht des Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten, Michael Breuer - Ausführliche Diskussion	
6	Auswirkungen der Föderalismusreform und des Berliner Koalitionsvertrages auf Nordrhein-Westfalen	40
	Vorlage 14/153	
	Ausführliche Diskussion	
7	Situation und Perspektiven der Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen bei der Europäischen Union in Brüssel	43
	- Bericht des Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten, Michael Breuer - Diskussion	
8	Verschiedenes	45
	a) Motto der „Europawoche“	45
	b) Verfahrensabsprache „Medieninformationen“	45
	c) Außerplanmäßige Sitzung des Hauptausschusses am 18. Januar 2006, 9 Uhr	45
	d) Bericht des Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten über die Arbeit der Landesvertretung	45
	e) Konzept zum Landesjubiläum	45
	f) Berlinale	46

Aus der Diskussion

B weitere Tagesordnung

2 Erstes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/642

(vom Plenum am 30. November 2005 zur alleinigen Beratung an den Hauptausschuss überwiesen)

Sylvia Löhrmann betont für die Fraktion **Bündnis 90/Die Grünen**, diese teile nicht den in der Öffentlichkeit vermittelten Eindruck, als bedeutete die in Rede stehende Änderung eine Aufweichung der Grundsätze der in der 13. Wahlperiode beschlossenen Diätenreform mit einer Einschränkung der Altersversorgung und der Übergangsbezüge. Hier gehe es lediglich um die Regelung ganz weniger Einzelfälle.

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf mit den Stimmen aller Fraktionen zu.

3 Erstes Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/569

(vom Plenum am 09. November 2005 zur federführenden Beratung an den Hauptausschuss sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Schule und Weiterbildung, den Ausschuss für Frauenpolitik, den Ausschuss für Generationen, Familie und Integration sowie an den Rechtsausschuss überwiesen)

Der **Vorsitzende** berichtet von der in der vergangenen Woche im Obleutegespräch sich abzeichnenden Verständigung auf eine Anhörung hierzu. Er, Jostmeier, schlage vor, sich für diesen Fall nach Möglichkeit bereits in der heutigen Sitzung auf einen Termin zu verständigen und den Kreis der Anzuhörenden festzulegen sowie die tatsächliche Benennung der Experten und die Entscheidung, ob ein Fragenkatalog erstellt werden soll-

